

Aaron Tauss

Kolumbien: Frieden für den Freihandel?

Für den kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos war es bis zuletzt eine Zitterpartie: In einem regelrechten Wahlmarathon hatte das Lager seines rechtskonservativen Herausforderers Óscar Iván Zuluaga zunehmend an Stärke gewonnen. Zuerst etablierte sich dessen Partei *Centro Democrático* im Zuge der Parlamentswahlen im März als zweitstärkste Kraft im Senat, dann schlug Zuluaga Santos völlig überraschend im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl Ende Mai mit 29 zu 26 Prozent der Stimmen. Doch am Ende entschied sich die Mehrheit der Kolumbianer dennoch für Kontinuität: In einer Stichwahl Mitte Juni bestätigten sie den seit 2010 regierenden Santos mit 51 Prozent der Stimmen im Amt. Zuluaga, der das weit rechts stehende Lager um den Expräsidenten Álvaro Uribe Velez vertritt, erreichte lediglich 45 Prozent der Stimmen.

Mitentscheidend für den Sieg Santos', der der *Partido Social de la Unidad Nacional* angehört, war vor allem die Unterstützung des Mitte-Links-Lagers. Sowohl der Kandidat der Grünen, Enrique Peñalosa, der zunächst als wichtiger Rivale von Santos galt, sich im ersten Wahlgang jedoch nicht durchsetzen konnte, als auch die Kandidatinnen des Linksbündnisses Clara López vom *Polo Democrático Alternativo* und Aida Avella von der seit letztem Jahr wieder als Partei anerkannten *Unión Patriótica* sprachen sich offen gegen Zuluaga und für eine zweite Amtsperiode von Präsident Santos aus.

Der überaus populäre Expräsident Uribe, der wie Zuluaga der erst 2013 von ersterem mitgegründeten rechtskonservativen Partei *Centro Democrático* angehört, durfte laut Verfassung

nach zwei Amtszeiten (2002-2010) nicht wieder antreten. Nichtsdestoweniger hat Uribe nach wie vor eine große Anhängerschaft: Mit über einer Million Stimmen zog er im März als meistgewählter Abgeordneter in den Senat ein.

Auf dem Weg zum Frieden?

Doch durch Santos' Wiederwahl wurde seinen rechten Kritikern nun eine klare Absage erteilt. Zugleich kann sich Santos nun mit gestärktem Rücken an die Umsetzung seines wichtigsten Regierungsprojekts machen, dem von ihm ins Leben gerufenen Friedensprozess mit der FARC-EP, Kolumbiens bedeutendster und ältester Guerilla. In den seit Ende 2012 andauernden Verhandlungen ist es den Parteien bislang gelungen, schriftliche Vereinbarungen über eine Landreform, die politische Partizipation der linken parlamentarischen wie auch der außerparlamentarischen Opposition sowie über die Drogenfrage zu erzielen. Die noch ausstehenden Verhandlungspunkte Opfer, Entwaffnung und die konkrete Umsetzung der Vereinbarungen will Santos nun zügig zu Ende bringen. Kurz vor der Stichwahl kündigte er außerdem an, nun auch mit Kolumbiens zweitgrößter Guerilla, der ELN, Friedensverhandlungen aufnehmen zu wollen.

Santos Herausforderer Zuluaga steht den Verhandlungen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das Uribe-Lager fordert, dass die FARC zuerst die Waffen niederlegen und danach ihre über die Jahre hinweg begangenen Verbrechen mit langen Haftstrafen abbüßen sollen. Die Guerilla lehnt dies kategorisch ab. Dennoch wäre der Friedens-

prozess wohl auch bei einem Wahlerfolg Zuluagas weitergeführt worden – trotz dessen Kriegsrhetorik. Schließlich war es die damalige Regierung unter Uribe, die zwischen November 2009 und April 2010 geheime Kontakte mit der FARC-EP knüpfte, um Friedensverhandlungen einzuleiten. Die Guerilla zog es jedoch vor, sich erst mit Uribes Nachfolger Santos an den Verhandlungstisch zu setzen.

Die Bereitschaft der Santos-Regierung, die von Uribe hergestellten Kontakte zu vertiefen und schließlich konkrete Verhandlungen aufzunehmen, hat vor allem mit der Einsicht zu tun, dass die FARC nicht auf militärischem Wege zu besiegen ist: Selbst die intensivierte Kriegsführung der letzten Jahre – ermöglicht durch die Aufrüstung der kolumbianischen Streitkräfte im Zuge des 1999 mit den USA unterzeichneten „Plan Colombia“ – konnte die FARC nicht zur Aufgabe bewegen. Zwar ist auch die Guerilla durch die zahlreichen Offensiven des Militärs in den letzten Jahren erheblich geschwächt. Laut Angaben der Regierung hat sich die Kämpferzahl der FARC in den vergangenen zwei Jahren gehörig verringert und liegt aktuell bei rund 7000.¹ Doch die Kämpfe gehen selbst während der Verhandlungen unvermindert weiter.

Proteste gegen den Freihandel

Vor allem aber stehen die Friedensverhandlungen in Zusammenhang mit Santos' Wirtschaftspolitik. Die Präsenz der Guerilla vor allem in den an Bodenschätzen reichen Südregionen des Landes stellt für die Regierung ein „sicherheitstechnisches Hindernis“ dar. Denn sie bedroht die von ihr forcierte, auf ausländischen Direktinvestitionen basierende, extraktivistische und exportorientierte Wirtschaftsstrategie.

Deshalb ist die Regierung im Zuge der Verhandlungen zwar bereit, der Guerilla gewisse Zugeständnisse zu machen. Viel entscheidender ist jedoch, was von vornherein nicht zur Diskussion stand, nämlich ebenjenes von der Regierung stets ausgeklammerte „Entwicklungsmodell“. Dieses stützt sich neben der Ausbeutung von Bodenschätzen – in erster Linie von Kohle, Gold, Erdöl und Erdgas – und deren Export durch multinationale ausländische Konzerne vor allem auf eine verstärkte Freihandelspolitik.

Auch wenn Zuluaga im Wahlkampf für ein „anderes“ Kolumbien warb, unterscheidet er sich in dieser Hinsicht kaum von Santos. Beide unterstützen die Ausweitung des unter Uribe mit Nachdruck verfolgten neoliberalen, auf Rohstoffausbeutung und -export ausgerichteten Akkumulationsmodells. Santos hat diese Politik in seiner Amtszeit sogar noch entschieden vertieft: So unterzeichnete er unter anderem ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union, das seit August 2013 in Kraft ist, und gründete 2012 gemeinsam mit Chile, Mexiko und Peru die Pazifik-Allianz, eine lateinamerikanische Freihandelszone.

Die Folgen dieser Politik für die über zwölf Millionen auf dem Land lebenden Menschen sind verheerend. Schon jetzt können die Kleinbauern kaum noch mit den billigen Agrarimporten aus den USA und der Europäischen Union konkurrieren. Zudem klagen sie über zu hohe Produktionskosten, die sich aus hohen Preisen für Saat- und Düngemittel sowie für Treibstoff ergeben und die dazu führen, dass sich die Bauern bei Banken verschulden. Schließlich stellen auch die geplanten Minen- und Bergbauprojekte eine Bedrohung für sie dar – immer wieder werden im Zuge solcher Vorhaben Kleinbauern gewaltsam von ihren Ländereien vertrieben. Ende April rief deshalb eine Allianz aus Kleinbauern und indigenen Bewegungen abermals zum „Agrarstreik“ auf. Schon im ver-

1 Vgl. En dos años, la guerrilla ha perdido 5000 combatientes, in: „Semana“, 23.9.2013.

gangenen Herbst war es landesweit zu wochenlangen Demonstrationen und Blockaden gekommen – mindestens zwölf Bauern waren dabei im Zuge gewaltsamer Auseinandersetzungen mit der Polizei getötet worden. Der erneute Streik sollte die Regierung dazu bewegen, die abgegebenen Versprechen in die Tat umzusetzen. Um die Herbstproteste zu beenden, hatte die Regierung den Bauern versprochen, sich der Landproblematik ernsthaft anzunehmen. Doch bislang erreichten die Bauern wenig: Die Regierung zeigte sich lediglich dazu bereit, ihnen eine vierjährige Schonfrist bei der Rückzahlung ihrer Schulden zu gewähren. Gleichzeitig versicherte sie ihnen den Zugang zu neuen Krediten. Die von den Kleinbauern verlangte sofortige Neuverhandlung bzw. Aussetzung der Freihandelsabkommen mit der EU und den USA lehnt die Regierung jedoch nach wie vor kategorisch ab.

Dabei steht die Freihandelspolitik auch im Widerspruch zu den mit der Guerilla in den Friedensverhandlungen bislang schon getroffenen Vereinbarungen. Zwar hat die Regierung insbesondere in der Landfrage einige Zugeständnisse gemacht. So haben Regierung und Guerilla etwa die Förderung familiärer und gemeinschaftlicher Produktionsformen sowie eine ländliche Demokratisierung vereinbart. Diese soll unter anderem durch autonome, von Kleinbauern selbst verwaltete Gebiete, die sogenannten *Zonas de Reserva Campesina*, erreicht werden. Außerdem sollen die nach wie vor oft unklaren Eigentumsverhältnisse formalisiert und günstige Kredite an die Bauern vergeben werden.

Doch die extrem ungleiche Landverteilung wird dadurch ebenso wenig in Frage gestellt wie das neoliberale und extraktivistische Akkumulationsmodell. Dabei ist erstere die zentrale strukturelle Ursache des bewaffneten Konflikts. Seit sich dieser in den 60er Jahren mit der Gründung verschiedener Guerillagruppen entzündete, hat

sich die ungleiche Landverteilung sogar noch verschärft. Laut einem Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) aus dem Jahr 2011 weist Kolumbien eine der höchsten Landkonzentrationen weltweit auf: So besitzen heute 1,15 Prozent der Bevölkerung 52 Prozent der Ländereien.² Demgegenüber stehen an die 5,5 Millionen Vertriebene, vor allem Kleinbauern, die in den vergangenen Jahrzehnten ihres Besitzes beraubt und gewaltsam von ihrem Land verjagt wurden. Gelingt es in den Friedensverhandlungen nicht, diese extreme Schieflage abzuschwächen, sind weitere Spannungen zwangsläufig vorprogrammiert.

Die Opposition unter Druck

Auch was den zweiten Schwerpunkt der Verhandlungen, die Partizipation der linken Opposition innerhalb des politischen Systems, angeht, sind ernsthafte Zweifel an der Nachhaltigkeit eines möglichen Friedensabkommens angebracht.

Die bisherigen schriftlichen Vereinbarungen zielen darauf ab, Oppositionsparteien und soziale Protestbewegungen als legitime politische Akteure anzuerkennen, demokratische Räume zu öffnen und ihnen reale Beteiligungsmöglichkeiten zuzugestehen. Bereits im vergangenen Jahr wurde die *Unión Patriótica*, die 1985 aus dem politischen Arm der FARC-EP sowie der kommunistischen Partei Kolumbiens hervorgegangen, wieder als Partei anerkannt – in den 80er und 90er Jahren waren ihre Mitglieder zu Tausenden vom kolumbianischen Staat unter Mithilfe rechter Paramilitärs verfolgt und gezielt ermordet worden.

Wie schwierig und gefährlich es jedoch auch weiterhin ist, sich für ein al-

² Vgl. United National Development Program (UNDP), Colombia rural Razones para la esperanza: 2011 Informe Nacional de Desarrollo Humano, Bogotá, 2012.

ternatives Kolumbien einzusetzen, zeigen die anhaltende Stigmatisierung, Verfolgung und die Ermordungen von Oppositionellen, Menschenrechtlern, Kleinbauern und Gewerkschaften vor allem von Seiten der Paramilitärs. Allein im vergangenen Jahr wurden in Kolumbien 78 Menschenrechtler und 26 Gewerkschafter ermordet.³ Die paramilitärischen Gruppen operieren nach wie vor in weiten Teilen des Landes und spielen, wie die jüngsten Massaker und Vertreibungen in Kolumbiens größter Hafenstadt Buenaventura zweifelsfrei verdeutlichen⁴, vor allem bei der gewaltsamen Durchsetzung des Freihandelsmodells eine entscheidende Rolle. Ihre wirtschaftliche Macht sowie die durch sie ausgeübte politische Kontrolle ganzer Landstriche stellt die Nachhaltigkeit des Friedensprozesses ernsthaft in Frage.

Ein weiterer Fall zeigt zudem, wie groß noch immer die Widerstände innerhalb des Staatsapparats sind, eine politische Beteiligung der Linken tatsächlich zuzulassen. Ende vergangenen Jahres setzte der rechtskonservative Generalstaatsanwalt Alejandro Ordóñez den Bürgermeister von Bogotá, Gustavo Petro vom Linksbündnis *Polo Democrático Alternativo*, ab und verbot ihm für 15 Jahre, politische Ämter zu bekleiden. Die Begründung: Petro, der es „gewagt“ hatte, die Müllversorgung der Hauptstadt zu entprivatisieren, habe den „freien Wettbewerb“ verletzt. Doch viel eher ging es darum, jene politische Gegner gezielt auszuschalten, die die vorherrschende politisch-ökonomische und soziale Ordnung in Frage stellen könnten. Auf ähnliche Weise wurde bereits Ende 2010 die ehemalige Senatsabgeordnete Piedad Córdoba, eine scharfe Kritikerin der Uribe-Regierung, für 18 Jahre aus der kolum-

bianischen Politik verbannt. Präsident Santos, der die Amtsenthebung Petros zunächst bestätigt hatte, hob sie erst wieder auf, als der Oberste Gerichtshof von Bogotá im April dieses Jahres eine einstweilige Verfügung gegen die Absetzung aussprach.

»Voto en blanco«

Angesichts dieser Vorfälle verwundert es kaum, dass die Mehrheit der Kolumbianerinnen und Kolumbianer den Wahlen mit einer Mischung aus Ablehnung, Resignation und Unmut begegnete. Dies kam bereits bei den Parlamentswahlen im März zum Ausdruck: Diese zeichnete sich nicht nur durch eine sehr niedrige Wahlbeteiligung von nur 43 Prozent aus, mehr als jeder fünfte abgegebene Stimmzettel war zudem entweder leer, ungültig oder ein „voto en blanco“, also eine bewusste Proteststimme gegen alle zur Wahl stehenden Parteien – zweifellos Ausdruck eines weit verbreiteten Unmuts über das politische System und seine Repräsentanten. Bei der Präsidentschaftswahl war die Wahlbeteiligung mit 40 Prozent im ersten bzw. 48 Prozent im zweiten Wahlgang ähnlich niedrig, wobei jedoch der Anteil der abgegebenen Proteststimmen auf 9 bzw. 7 Prozent sank.

Um den inzwischen fast ein halbes Jahrhundert andauernden kolumbianischen Konflikt dauerhaft und auf friedlichem Wege zu lösen, käme es jedoch gerade darauf an, die Bevölkerung stärker in die Debatte der zentralen gesellschaftlichen Fragen einzubeziehen. Santos täte daher gut daran, Forderungen aus der Zivilgesellschaft wie die der Kleinbauern ernst zu nehmen und seine Versprechen einzuhalten. Bisher zeigt der Umgang der Regierung mit den Protesten jedoch vor allem eines: Ohne den massiven Druck „von unten“ ist eine grundsätzliche politische Kursänderung nicht zu erwarten.

3 Vgl. Programa Somos Defensores, Informe SIADDHH 2013: D de Defensa, Bogotá, 21.2.2014; 26 sindicalistas de la CUT han sido asesinados en 2013, in: „Rebellión“, 7.1.2014.

4 Vgl. Buenaventura, descuartizada, in: „El Espectador“, 6.3.2014.